

MANFRED KAPLUCK

Kommunisten contra bürgerliche Demokratie? Das KPD-Verbot und die Folgen

STEFAN BOLLINGER: Wie kamen Sie zur kommunistischen Bewegung, was prägte Sie?

MANFRED KAPLUCK: Darf ich zunächst einen Gedanken zu Ihrem Gesprächstitel sagen? Kommunisten standen einer bürgerlichen Demokratie in dem angesprochenen Zeitraum nie konträr gegenüber. Sie beteiligten sich an der Ausarbeitung des Grundgesetzes für die Bundesrepublik Deutschland und wurden später seine Verteidiger gegen negative Veränderungen. Selbstverständlich traten sie für eine Alternative zur kapitalistischen Gesellschaftsordnung ein und erkennen auch heute noch im Sozialismus die bessere Demokratie.

Mit 16 Jahren wurde ich, zunächst entsprechend einer Familientradition, im Juni 1945 in Essen Mitglied der Kommunistischen Partei Deutschlands. Zunächst wollte ich nicht in die Jugendarbeit eingebunden werden, fühlte mich eher zu Erwachsenen hingezogen, erhielt jedoch kurzerhand meine erste »Überzeugung« beigebracht und wurde so zum Mitbegründer der Freien Deutschen Jugend in Westdeutschland. Gemeinsam mit anderen Freunden vertrat ich 1946 auf dem ersten Parlament der FDJ in Brandenburg die FDJ Westdeutschlands und lernte dort Erich Honecker, Paul Verner, Hermann Axen, Heinz Keßler und Horst Brasch kennen. Vielleicht besagt das nicht viel, doch begann hier eine langjährige Zusammenarbeit. Erst Kreisvorsitzender der FDJ in Essen, später Leiter der Jungen Pioniere für die Bundesrepublik und Mitglied des Sekretariats des Zentralbüros der FDJ Westdeutschlands. Mit gefangen, mit gehangen: Das FDJ-Verbot 1951 war ein erster Schock. Immerhin saß ich mit einigen Freunden bereits Anfang 1952 im Essener Knast. Wir hatten keine silbernen Löffel geklaut, ignorierten allerdings das FDJ-Verbot und erklärten, weiterhin tätig sein zu wollen. Ergebnis: Anklage wegen »Vorbereitung zum Hochverrat« beim Bundesgerichtshof. Nach der Gefängnishaft folgten vierzehn Jahre in der Illegalität. Das spricht sich leicht, war gewiß mit der Zeit der Älteren während des Faschismus nicht zu vergleichen, war jedoch auch nicht nur abenteuerlich schön, zumal lange Trennungen von der Familie erforderlich wurden.

Deutschlandtreffen der Jugend in Berlin, Weltfestspiele der Jugend und Studenten in Warschau, Moskau und Wien durfte ich arbeitsmäßig begleiten. 1960 fand ich mich im ZK der KPD und im Politbüro der Partei wieder. 1966 folgten noch einige Prozesse, die ausgingen wie das Hornberger Schießen, mir jedoch zur Legalität

Manfred Kapluck – Jg. 1929 (geb. in Essen), Leiter der Jungen Pioniere für die Bundesrepublik, 1952 inhaftiert, 1960 Mitglied des Politbüros des ZK der KPD, 1968 Mitglied des Initiativ-ausschusses für die Wiederzulassung der KPD, November 1968 Mitglied des Arbeitsausschusses zur Neukonstituierung der DKP, langjähriger Bezirksvorsitzender der DKP in Ruhr-Westfalen, gegenwärtig in der Marx-Engels-Stiftung e. V. Wuppertal tätig.

»In Bonn wird von deutschen Politikern auf Befehl der Besatzungsmächte eine sogenannte Verfassung beraten, die in Wirklichkeit nur das Feigenblatt zur Verdeckung des Kolonialregimes ist. Die zu bildende westdeutsche Regierung wird demnach nichts anderes sein, als eine Marionetten-Regierung des Besatzungsregimes...

Zur Durchführung dieser ihrer Politik bedienen sich diese Kräfte gewisser Parteiführer Westdeutschlands. Durch die führenden Politiker der CDU, FDP und SPD, durch die Doktoren Adenauer, Blücher und Schumacher wird die Politik des westdeutschen Monopolkapitals und seiner deutschen Junior-Partner auf Versklavung durch Marshall-Plan, Ruhr- und Besatzungsstatut unterstützt und gerechtfertigt.«

Entschließung der Solinger Delegiertenkonferenz der KPD (5.-6. März 1949), in: Günter Judick, Josef Schleifstein, Kurt Steinhaus (Hrsg.): KPD 1945-1968. Dokumente. Bd. 1. Neuss 1989, S. 267/268, 271.

verhelfen. Im Auftrag unserer Parteiführung gründete ich gemeinsam mit vier weiteren Genossen den »Initiativausschuß für die Wiederezulassung der KPD«, war nach der Neukonstituierung der DKP zwölf Jahre Bezirksvorsitzender der DKP in Ruhr-Westfalen, arbeitete später für den Parteivorstand und bin seit 1989 in der MARX-ENGELS-STIFTUNG in Wuppertal tätig, natürlich ehrenamtlich. Zuviel des Lebenslaufs, zu wenig zur Politik und Arbeit.

STEFAN BOLLINGER: Seit Februar 1949 war die KPD nach Beendigung der »sozialistischen Arbeitsgemeinschaft von SED und KPD«¹ formal selbständig. Wie haben Sie diese »Selbständigkeit« erlebt? Oder anders gefragt, war die KPD nicht die westdeutsche Bezirksleitung der SED? Immerhin war die Westabteilung beim SED-ZK, bei wechselnden Namen, für die Anleitung der westdeutschen Genossen verantwortlich. Max Reimann stand bis Ende der sechziger Jahre auf der Einladungsliste für SED-Politbüro-Sitzungen.

MANFRED KAPLUCK: Selbständigkeit erlebte ich von Anfang an. Sie bezog sich auf unseren und meinen Verantwortungsbereich in den Westzonen und dann in der BRD. In meiner Arbeit vor Ort, aber auch bei Verhören, im Gefängnis oder vor Gericht konnte mir die SED doch wohl nicht direkt helfen, sondern stets nur meine Umgebung, also die Partei. Um so höher bewerte ich die Solidarität, die wir auch von der SED empfangen.

Vielleicht ist es hier angebracht, Fragen, die früher wie heute an uns gerichtet werden, historisch sachlich zu beantworten, auch wenn sie polemisch gestellt wurden: »War Ihre Partei nicht ein Anhängsel der SED?«; »Hatte Ihre Partei überhaupt und vielleicht erst nach Stalins Tod und später nach dem XX. Parteitag der KPdSU eine Möglichkeit, eigenständige Politik zu betreiben?« So ähnlich lauten ja auch Ihre Fragen.

Wir sollten uns erinnern: Die KPD wurde 1918 konstituiert. Sofort setzte eine Verfolgung ein, die mit dem feigen Mord an Rosa Luxemburg und Karl Liebknecht ihren ersten Horror-Höhepunkt hatte. Nach einem ersten kurzzeitigen Verbot war die KPD dann 1933 erneut der Illegalität und dem mörderischen Terror des Faschismus ausgesetzt.

In all diesen Jahren waren und blieben wir die Kommunistische Partei Deutschlands. Was sollte sich daran 1945, nach der Befreiung vom Faschismus ändern? Der Vorsitzende des Zentralkomitees war Wilhelm Pieck, in diesem Komitee wurden die Weichen gestellt. Die Aufteilung unseres Landes in Zonen konnte uns doch nicht daran hindern, daß wir uns als eine aus der Tradition gewachsene Partei verstanden, die mit dem Aufruf der KPD auch klare Vorstellungen zur aktuellen Situation wie zu ihren Zielen hatte.

Wir waren eine Partei, die lediglich durch Zonengrenzen getrennt, unterschiedliche Bedingungen ihrer Arbeit vorfand. Auffassung und Erwartung, über den Weg der Einheit Deutschlands wieder zu einer einheitlichen Organisation zu finden, blieben auch nach der Vereinigung von KPD und SPD in der sowjetischen Besatzungszone Allgemeingut von SED wie KPD. Wenn gemeinsame

Ziele auch nicht erreicht werden konnten, der innere Verbund, die totale Solidarität der SED mit der KPD blieb und war für uns westdeutsche Kommunisten Selbstverständnis.

Daß sich damit Probleme verbanden, die über Mißverständnisse hinaus durch eine von uns gewollte Zusammengehörigkeit weiter zu einer gewissen Abhängigkeit und auch zu Fehlern in der politischen Tätigkeit führten, soll nicht verschwiegen werden. Doch verstanden wir diese Kampfgemeinschaft zwischen der SED und der KPD stets als Bund der Solidarität. Max Reimann war vor dem Verbot der KPD Vorsitzender der Partei und wurde nach dem Verbot Erster Sekretär des Zentralkomitees. Ein Bergarbeiter, der nach der KZ-Haft in die Verantwortung der Führung der KPD gestellt wurde und mit unserer Partei in allen Phasen den Weg engster Zusammenarbeit mit der SED sowie mit der Führung der KPdSU in allen Phasen ging. Das war gewünscht und gewollt.

Keine Abteilung, auch nicht die Westabteilung des ZK der SED, hatte das Recht, dem Politbüro der KPD Anweisungen zu geben. Dennoch arbeiteten wir mit den Genossinnen und Genossen gern zusammen. Hatten sie doch zahlreiche Kontakte zu westdeutschen Parteien, Organisationen und Persönlichkeiten und waren selbst ausgebildete wissenschaftliche Fachkräfte. Eine gute konstruktive Zusammenarbeit fand auf der Ebene der Politbüros statt. Nicht ohne Grund wurde Max Reimann zu Politbürositzungen der SED eingeladen, er nahm natürlich vorwiegend an Beratungen zu gesamtdeutschen Problemen teil.

Ich selbst habe die KPD stets als eigenständige politische Kampfgemeinschaft empfunden, in die wir uns selbst mit Arbeit, mit Ideen und auch mit streitbarer Meinung einbringen konnten. Gleichzeitig erwartete ich jedoch von meiner Partei, daß sie eng mit der SED und der KPdSU verbunden blieb.

STEFAN BOLLINGER: Wie wirkte sich diese Zusammenarbeit bzw. Abhängigkeit in der praktischen Politik ab 1949 aus? War auch die »Hand Moskaus« zu spüren? Verstand man überhaupt in Berlin und gar in Moskau die spezifische Situation im Westen?

MANFRED KAPLUCK: Gegenfrage: Wodurch war denn die spezifische Situation in Bonn, Hamburg oder München gekennzeichnet? Der Kalte Krieg begann pünktlich. Viel hing von der seit 1949 begonnenen Remilitarisierung der Bundesrepublik ab. Zur Restauration des Kapitalismus in unserem Land gehörte das erklärte Ziel der politischen und später militärischen Integration in das westliche Bündnis. Die Spaltung Deutschlands wurde in Kauf genommen, denn der Sozialismus in den östlichen Ländern sollte zunächst zurückgedrängt und über diesen Weg die DDR »befreit werden«.

Damals standen die Kommunisten gemeinsam mit Gewerkschaften und anderen demokratischen Kräften gegen die Remilitarisierung, für die Einheit des Landes. Würden zunächst die aktivsten Kräfte ausgeschaltet, also z.B. die FDJ und später die Kommunisten, die als »Brückenkopf des Ostens« bezeichnet wurden, dann erschien die Realisierung der Regierungspolitik günstiger. Die

»Die Gegner der Bundesrepublik verstärken ihre Bemühungen, die freiheitliche demokratische Grundordnung zu untergraben. Jede Teilnahme an solchen Bestrebungen ist unvereinbar mit den Pflichten des öffentlichen Dienstes. Alle im unmittelbaren oder mittelbaren Bundesdienst stehenden Personen haben sich gemäß § 3 des vorläufigen Bundespersonalgesetzes durch ihr gesamtes Verhalten zur demokratischen Staatsordnung zu bekennen. Wer als Beamter, Angestellter oder Arbeiter im Bundesdienst an Organisationen oder Bestrebungen gegen die freiheitliche demokratische Staatsordnung teilnimmt, sich für sie betätigt oder sie sonst unterstützt, wer insbesondere im Auftrag oder im Sinne der auf Gewalthandlungen abzielenden Beschlüsse des 3. Parteitages der kommunistischen SED und des sogenannten ›National-Kongresses‹ wirkt, macht sich einer schweren Pflichtverletzung schuldig.

Zu den Organisationen, deren Unterstützung mit den Dienstpflichten unvereinbar sind, gehören insbesondere:

1. die Kommunistische Partei Deutschlands mit all ihren Unterorganisationen,
2. die sozialdemokratische Aktion,
3. die Freie Deutsche Jugend (FDJ),
4. Die Vereinigung der Sowjetfreunde,
5. die Gesellschaft zum Studium der Kultur der Sowjet-Union,
6. der Kulturbund zur demokratischen Erneuerung Deutschlands,
7. der gesamtdeutsche Arbeitskreis für Land- und Forstwirtschaft.
8. das Komitee der Kämpfer für den Frieden,

9. das Komitee der Jungen Friedenskämpfer,
10. die Vereinigung der Verfolgten des Naziregimes ...
Gegen Schuldige ist un-nach-sichtig die sofortige Entfernung aus dem Bundesdienst ... herbeizuführen.«

Politische Betätigung von Angehörigen des öffentlichen Dienstes gegen die demokratische Grundordnung, Beschluß der Bundesregierung vom 19. September 1950, in: Georg Fülberth (Hrsg.), a.a.O., S. 83f.

»Bundesinnenminister Dr. Robert Lehr gab laut Neue Zeitung dem Bundestag bekannt, daß alle Organisationen, die eine von den Kommunisten inszenierte Volksbefragung gegen die Remilitarisierung vorbereiten, auf einstimmigen Beschluß der Bundesregierung vom 24. April [1951] gemäß Artikel 9 Absatz 2 des Grundgesetzes der Bundesrepublik verboten worden sind. Die kommunistische Volksbefragung wurde verboten, da sie ... die verfassungsmäßige Ordnung des Bundesrepublik zerstören will.«
[Verbot der Volksbefragung gegen die Remilitarisierung], in: Georg Fülberth (Hrsg.), a.a.O., S. 84.

Politik der Herrschenden in Westdeutschland war durchsichtig. Warum sollte sie in Berlin und Moskau nicht erkannt werden?

STEFAN BOLLINGER: Warum verlor die KPD seit 1947/48 so schnell ihren Masseneinfluß in Westdeutschland? Wirkte das Beispiel SBZ/DDR oder waren es vornehmlich interne Schwächen in der Führungstätigkeit und in der Massenarbeit?

MANFRED KAPLUCK: Nach 1945 hatte die KPD einen guten Start. Trotz der zahlreichen Opfer, der Dezimierung der KPD durch zwölf Jahre des Terrors stieg die Mitgliedschaft schnell auf etwa 200.000. Bis 1953/1956 war die KPD mit Fraktionen im Deutschen Bundestag, in Landtagen sowie in hunderten Stadt- und Gemeindeparlamenten vertreten. Bis 1947/48, während des demokratischen Aufbruchs nach der Befreiung Deutschlands vom Faschismus, wirkte sie in der Regierung Karl Arnolds in Nordrhein-Westfalen sowie in sämtlichen Landesregierungen mit Ausnahme Schleswig-Holsteins und Württemberg-Hohenzollerns mit. Die Partei war mit ihren Mitgliedern aktiv am Aufbau der Gewerkschaften und getreu ihrer antifaschistischen Tradition an der demokratischen Neugestaltung unseres Landes beteiligt. So weit so gut.

Doch die konservativen Kräfte der Bundesrepublik retteten den Antikommunismus aus der faschistischen Zeit in die neue hinüber. Westliche Besatzungsmächte gaben die Zutaten. Bereits 1950 wurden durch einen Adenauererlaß Kommunisten aus den Verwaltungen entfernt. Die Tätigkeit von uns Kommunisten wurde kriminalisiert. Zu diesem Zeitpunkt konnte das Beispiel SBZ/DDR wohl kaum wirken, zumal Blockade und Verleumdung unmittelbar einsetzte. Wer will, wer darf in einer solchen Situation mit Kommunisten zusammenarbeiten? Der öffentliche Druck schlug sich bei Wahlen nieder – erst recht 1953, kurz nach den Ereignissen des 17. Juni. Folgerichtig erleichterte diese Kriminalisierung, sowie Verfolgungen, öffentlichkeitswirksam inszeniert, die Vorbereitung des KPD-Verbots.

Mängel, Schwächen und Fehler in der eigenen Parteiarbeit können wir natürlich immer ausmachen, nicht nur in der Aufbau-phase. Daß kommunistische Politik nicht unfehlbar ist, mußten wir unlängst bitter erfahren.

STEFAN BOLLINGER: Hätte die KPD nicht mehr auf Distanz zur SED gehen müssen? Die Probleme der Übernahme des sowjetischen Modells im Osten Deutschlands dürften ihr doch nicht entgangen sein? Wie wirkte sich überhaupt die Verhaftung führender westdeutscher Kommunisten wie Kurt Müller und Fritz Sperling auf die Stimmung der KPD aus?

MANFRED KAPLUCK: Distanz zur SED? Das wäre eine Distanz zur antifaschistisch-demokratischen Ordnung, zum Streben nach Wiedervereinigung, zur Forderung nach Abschluß eines Friedensvertrages mit Deutschland und natürlich auch Distanz zu dem Versuch geworden, eine sozialistische Gesellschaftsordnung zu errichten. Und wohin dann mit Erkenntnissen, mit Ideen, mit unserer Politik

in Westdeutschland? Vielleicht in den Schoß derer kriechen, die über die Westintegration eine Liquidierung der DDR anvisierten? Sollten wir Wohlverhalten gegenüber den etablierten Parteien üben? Vielleicht »bitte, bitte« sagen, damit wir nicht verfolgt und verboten werden?

Zu diesen Fragen möchte ich ausführlicher antworten dürfen.

Zwischen dem Beginn der Remilitarisierung und dem Verbot der KPD lagen sechs Jahre. Interessant ist, daß der Verbotsantrag durch die Adenauer-Regierung bereits vier Jahre vorher gestellt wurde. Das stand durchaus im Zusammenhang mit dem Verbot der FDJ von 1951. Verbote gegen den Demokratische Frauenbund Deutschlands, den Demokratische Kulturbund sowie die Aktion »Frohe Ferien für alle Kinder« folgten. Selbst das Eintreten für gesamtdeutschen Sportverkehr wurde behindert und unter Strafe gestellt. Betriebsräte einer Oberhausener Schachtanlage erhielten für Verhandlungen mit dem Ministerpräsidenten der DDR Otto Grotewohl, die sie über den Ankauf westdeutscher Steinkohle führten, Gefängnisstrafen.

In jüngster Zeit wurde häufiger publiziert, daß bis 1968 gegen etwa 200.000 Menschen unmittelbar polizeiliche und gerichtliche Ermittlungsverfahren angestrengt wurden und ca. 500.000 mittelbar betroffen waren. Die Zahl der durch die Justizbehörden in Gefängnisse verbrachten Bundesbürger lag vor dem KPD-Verbot bereits bei 3.000 und erhöhte sich aber nach dem Verbot – ohne kurzfristige Festnahmen – noch einmal bis auf insgesamt 10.000 Jugendliche, Frauen und Männer, die teilweise zu mehrjährigen Haftstrafen, oft mit nachfolgenden Nebenstrafen und zur Polizeiaufsicht verurteilt wurden.

Wer stand denn in dieser Zeit solidarisch zu uns? Können Sie verstehen, daß auch unter dem Druck und den Verfolgungen, denen wir ausgesetzt waren, das Wort Distanzierung für uns ein Fremdwort blieb?

Wer will behaupten, daß im Osten Deutschlands das sowjetische Modell übernommen worden sei. Das Rätssystem? Das Einparteiensystem? Die totale Veränderung sämtlicher Eigentumsformen? Auch gegenüber der Entwicklung in der DDR hatte die KPD entsprechend der Lage in der Bundesrepublik durchaus eigene programmatische Vorstellungen, selbst wenn sie zu dieser Zeit noch stark ideologisch mit der Zielstellung der internationalen kommunistischen Bewegung nach der Ablösung des Kapitalismus durch eine proletarische Revolution und die Errichtung der Diktatur des Proletariats verhaftet waren.

Vergessen wir bitte nicht, das Leben und die politische Existenz deutscher Kommunisten hing vom Sieg der Sowjetunion und ihrer Verbündeten über den Faschismus ab. Das prägte die Politik und auch das Verhältnis zur KPdSU. Lange Zeit blieben wir unkritisch, selbst gegenüber Stalinschen Verfehlungen und Verbrechen. Natürlich war die Verhaftung der stellvertretenden Vorsitzenden der KPD, Kurt Müller und Fritz Sperling, ein Thema in der Partei. Viele waren im Zweifel. Konnte es sich nicht doch um eine Agententätigkeit in den eigenen Reihen handeln? Gegeben hatte es das allemal und war uns auch später nicht fremd. Besonders schlimm

»Das Adenauer-Regime ist der Feind der Volksrechte und jeder Demokratie. Wenn die Bevölkerung Westdeutschlands leben will, muß sie das Adenauer-Regime stürzen.

Es wäre lächerlich zu erwarten, daß das Regime Adenauer, welches die für die Bevölkerung unerträglichen Verhältnisse in Westdeutschland geschaffen hat, selbst den Wunsch hätte, daß diese Verhältnisse wieder abgeschafft werden. Es wäre ferner ein Trugschluß zu meinen, westdeutsche Pseudowahlen unter dem Adenauer-Regime der Täuschung und Unterdrückung des Volkes, oder Teilreformen, welche die Grundlage der in Westdeutschland bestehenden Ordnung unangestastet lassen, könnten den Notstand in Westdeutschlands beseitigen und zur Vereinigung Deutschlands führen. Die Unterdrücker werden alle ihnen zur Verfügung stehenden Machtmittel benutzen, um eine grundlegende Änderung der bestehenden Lage und die nationale Vereinigung Deutschlands zu verhindern, Deshalb muß das

Regime Adenauer gestürzt und auf den Trümmern dieses Regimes ein freies, einheitliches, unabhängiges, demokratisches und friedliebendes Deutschland geschaffen werden.

Nur der unversöhnliche und revolutionäre Kampf aller deutschen Patrioten kann und wird zum Sturz des Adenauer-Regimes und damit zur Beseitigung der Herrschaft der amerikanischen Imperialisten in Westdeutschland führen.«
 Programm zur nationalen Wiedervereinigung Deutschlands. Beschlossen vom PV der KPD (2. November 1952), in: Günter Judick, Josef Schleifstein, Kurt Steinhaus (Hrsg.), a.a.O., Bd. 1, S. 404.

war für die KPD die 1949 begonnene Auseinandersetzung mit dem »Titoismus«. Pauschale Verdächtigungen und unzureichende sachliche Auseinandersetzung schadeten der KPD wie der gesamten kommunistischen Bewegung in diesen Jahren. Die KPD verlor eine Reihe ihrer erfahrensten Funktionäre und in der Folge viele Mitglieder. Die Art der Auseinandersetzung behinderte das Erkennen eigener Fehler. Es war also mehr als eine Stimmung oder ein Thema.

STEFAN BOLLINGER: Am 17. August 1956 wurde nach langem Prozeß im Kalten-Kriegs-Klima die KPD durch das Bundesverfassungsgericht verboten. Das war in der bundesdeutschen Geschichte – neben dem Verbot der rechtsextremen Sozialistischen Reichspartei – ein einmaliger Vorgang. Fast einmalig war dieses Verbot aber auch in Westeuropa. War das nur Ausdruck des zutiefst reaktionären Charakters des »Adenauer-Regimes« des »nationalen Verrats«², das »gegen das Volk regiert«? Oder konnten die herrschenden konservativen Kräfte Schwächen und ernste Fehler der KPD-Politik ausnutzen?

MANFRED KAPLUCK: Vielleicht beantwortet Ihre erste Frage die zweite. Das Klima des Kalten Krieges wollen wir nicht mit einer Klimaanlage in heißen Bürohäusern vergleichen. Darf ich mich hier wiederholen? Die Restauration des Kapitalismus wurde vorangetrieben. Westintegration stand auf der Tagesordnung. Die Remilitarisierung wurde durchgesetzt, die Spaltung vertieft und zuerst die BRD als Separatstaat gebildet. Konnten wir das etwa als nationale Politik bezeichnen?

Dennoch, politische Fehleinschätzungen, wenn auch der Situation geschuldet, sowie verengte programmatische Aussagen schaden und wurden verständlicherweise vom Gegner ausgenutzt. Immerhin formulierte die Erklärung des Parteivorstandes der KPD vom 17. August 1956: »Mit dem Verbot der KPD ist die Adenauer-Regierung zur reaktionärsten Regierung Europas geworden.« Und: »Der Weg von 1933, der Weg der Unterdrückung der Arbeiterbewegung ist damit beschränkt worden.« Von dieser ersten Reaktion, die auf einen Vergleich mit dem faschistischen Regime hinauslief, bis zur Erkenntnis, daß selbst legale Initiativen zur Zurückgewinnung der Legalität möglich sind, war ein weiter Erkenntnisweg. Politische Veränderung in der Arbeit waren notwendig, gleichzeitig erlebten wir die Härte des Vorgehens gegen Kommunisten.

STEFAN BOLLINGER: Welche Rolle spielte aus Ihrer Sicht das »Programm zur nationalen Wiedervereinigung« von 1952? Erwies es sich nicht als Verhängnis, mit alten Klassenkampfparolen in einer nunmehr doch funktionierenden parlamentarischen Demokratie zu operieren? Und verbaute sich die KPD mit ihren Angriffen auf die »rechten Gewerkschaftsführer« und die SPD nicht alle ernsthaften Möglichkeiten für die selbst immer gewünschte Einheitsfront-Politik.³ Wobei die SPD-Führung aus ihrem Antikommunismus keinen Hehl machte, aber »ein grober Klotz auf einen groben Keil«?

MANFRED KAPLUCK: Obwohl das »Programm zur nationalen Wiedervereinigung« von der KPD erst nach dem Verbotsantrag 1952 beschlossen wurde, reduzierte das Bundesverfassungsgericht das Programm auf die Forderung nach einem »revolutionären Sturz des Adenauer-Regimes« zur Beweisführung im Verbotsprozeß. Gewiß war das Programm Reaktion auf die Politik der Regierung Adenauer, die jeden Ansatz einer Wiedervereinigung im Keim erstickte und die Spaltung Deutschlands vertiefte. Übrigens trat eben wegen dieser Politik Gustav Heinemann bereits 1951 als Innenminister zurück und aus der CDU aus. Das Programm forderte die Bildung einer Regierung der nationalen Wiedervereinigung. Dennoch, mit Fehleinschätzungen der Situation und der seltsam unrealistischen Forderung nach dem »revolutionären Sturz des Adenauer-Regimes« wurde der KPD großer Schaden zugefügt.

Noch verheerender waren die Thesen, die auf dem ersten regulären Parteitag der KPD 1951 angenommen wurden. Doch auch hier möchte ich zunächst auf die politische Entwicklung verweisen. Der gemeinsame antifaschistische Kampf von Kommunisten und Sozialdemokraten, der Schwur in Konzentrationslagern oder in der Emigration zur Einheit hielt offenkundig nicht lange vor. Zunächst gab es auch in den Westzonen erhebliche Bemühungen, eine gemeinsame Partei zu schaffen. Gebildete Einheitskomitees wurden jedoch von den Militärregierungen verboten und vom zentralen sozialdemokratischen Büro Dr. Schumachers torpediert. In den DGB-Gewerkschaften IG Bergbau und Energie sowie der IG Bau wurden bereits 1949/50 gewählte Gewerkschaftsfunktionäre vor die Türe gesetzt, weil sie Mitglieder der KPD waren. Die SPD strebte Regierungsmitverantwortung an und meinte, wenn sie sich regierungskonform verhielte, sei das Ziel leichter zu erreichen. Da wollte man mit Kommunisten keine politische Verbindung und verweigerte selbst den eigenen Mitgliedern die Arbeit in Initiativen, in denen Kommunisten tätig waren.

Natürlich dürfen wir sektiererische Fehler der KPD nicht übersehen und können sie auch mit der schwierigen Lage der KPD im Kampf gegen einen übermächtigen imperialistischen Gegner allein nicht erklären. Beschuldigungen, die Gewerkschaftsführer als Interessenvertreter der deutschen und amerikanischen Monopole bezeichneten und behaupteten, Gewerkschaftsfunktionäre würden Interessen der deutschen Arbeiter verraten, waren nicht nur falsch, sondern förderten die Isolierung von Kommunisten. Wenn Gewerkschaftsführern die Absicht unterstellt wurde, sie wollten die Gewerkschaften auf den Kriegskurs einstellen, dann klingt die Beschwörung notwendiger Aktionseinheit wie eine hohle Phrase. Schlimm war der Aufruf in der These 37, gegen den Willen der Gewerkschaftsführer und mit Unterstützung der unorganisierten Arbeiter Kämpfe auszulösen, sie zu führen und dazu Kampfleitungen zu bilden. Letztlich verloren durch die Antwort der Gewerkschaftsführungen und eigenem Fehlverhalten Kommunisten nahezu sämtliche gewerkschaftliche Leitungsfunktionen. Noch während der Illegalität wurde solch fehlerhafte Politik korrigiert.

Trotz solch falscher, sektiererischer Politik haben Kommunisten durchaus im Parlamentarismus ein notwendiges Kampffeld

»In dem Verfahren über den Antrag der Bundesregierung auf Feststellung der Verfassungswidrigkeit der Kommunistischen Partei Deutschlands hat das Bundesverfassungsgericht – Erster Senat – aufgrund der in der Zeit vom 23. November 1954 bis zum 14. Juli 1955 durchgeführten Verhandlung durch Urteil für Recht erkannt:

I.1. Die Kommunistische Partei Deutschlands ist verfassungswidrig.

2. Die Kommunistische Partei Deutschlands wird aufgelöst.

3. Es ist verboten, Ersatzorganisationen für die Kommunistische Partei Deutschlands zu schaffen oder bestehende Organisationen als Ersatzorganisationen fortzusetzen.

4. Das Vermögen der Kommunistischen Partei Deutschlands wird zugunsten des Bundesrepublik Deutschland zu gemeinnützigen Zwecken eingezogen ...

III. Vorsätzliche Zuwiderhandlungen gegen diese Entscheidung oder gegen die im Vollzuge dieser Entscheidung getroffenen Maßnahmen werden gemäß §§ 47, 42 des Gesetzes über das Bundesverfassungsgericht mit Gefängnis nicht unter 6 Monaten bestraft.«
[Das Verbot der KPD], in: Georg Fülberth (Hrsg.), a.a.O., S. 174.

»Ein Verbot der Kommunistischen Partei Deutschland steht der Wiedezulassung einer kommunistischen Partei im Falle gesamtdeutscher Wahlen rechtlich nicht entgegen...

Eine Partei ist nicht schon dann verfassungswidrig, wenn sie die obersten Prinzipien einer freiheitlichen demokratischen Grundordnung nicht anerkennt; es muß vielmehr eine aktive kämpferische, aggressive Haltung gegenüber der bestehenden Ordnung hinzukommen ...

Eine Partei ist schon dann verfassungswidrig, wenn sie eine andere soziale und politische Ausprägung der freiheitlichen Demokratie als die heutige in der Bundesrepublik deshalb anstrebt, um sie als Durchgangsstadium zur leichteren Beseitigung jeder freiheitlichen demokratischen Grundordnung überhaupt zu benutzen, mag diese Beseitigung auch erst im Zusammenhang mit oder nach der Wiedervereinigung stattfinden sollen...«

[Leitsätze des KPD-Verbotsurteils], zit. in: Manfred Wilke, Hans-Peter Müller, Marion Brabant: Die Deutsche Kommunistische Partei (DKP). Geschichte – Organisation – Politik, Köln 1990, S. 83f.

gesehen. Nach Möglichkeit kandidierte die KPD bei sämtlichen Parlamentswahlen und konnte in Gemeinden, Städten und in den Ländern trotz Verbotsdrohung bis 1956 beachtliche Stimmengewinne erzielen.

STEFAN BOLLINGER: Welche Rückwirkungen hatten die tiefen Einschnitte in der Entwicklung der SED, 1948 mit dem Übergang zur stalinistischen »Partei neuen Typus«, 1952 mit dem Proklamieren des »Aufbaus der Grundlagen des Sozialismus« und 1953 mit der Arbeitererhebung am 17. Juni?

MANFRED KAPLUCK: Die Einschnitte versuchte ich zur vorherigen Frage zu beantworten. Wir gingen davon aus, daß die Politik erfolgreich sein konnte und waren wesentlich von der Richtigkeit unserer Programmatik überzeugt. Dabei müssen wir uns allerdings von der Vorstellung frei machen, daß die Politik der SED einen breiten Raum in der Diskussion der KPD eingenommen hätte. Das Hemd war uns näher als der Rock. Können Sie sich nicht vorstellen, daß FDJler in der Illegalität oder in Gefängnishaft eine Partei neuen Typus wünschten, weil sie darin eine Partei mit größerer Geschlossenheit, mit Kampfkraft und Offensivgeist sahen? Zum Beschluß des Aufbaus der Grundlagen des Sozialismus unsere damalige Meinung: Na endlich. Die Ereignisse 1953 schätzten wir als Versuch der Konterrevolution ein.

STEFAN BOLLINGER: Warum blieb die KPD zu den Möglichkeiten eines demokratischen Staates skeptisch? Max Reimann arbeitete doch im Parlamentarischen Rat an der Ausarbeitung des Grundgesetzes mit und erklärte später, daß die Kommunisten das Grundgesetz zwar nicht für das Ziel ihrer Politik hielten, wohl aber die ersten sein werden, die es verteidigen würden.

MANFRED KAPLUCK: Hat Max Reimann nicht Recht behalten? Ja, er lehnte seine Unterschrift unter die »Spaltungsurkunde Deutschlands« ab. Aber wurden Kommunisten und andere Demokraten nicht bis heute zu aktiven Verteidigern des Grundgesetzes, gegen hundertfache negative Veränderungen dieser Verfassung, so wie das die KPD-Mitglieder im Parlamentarischen Rat voraussagten?

Ist der Grund des Zweifelns durch das FDJ-Verbot, durch Verfolgungen und den Verbotsantrag gegen die kommunistische Partei nicht handfest genug? Wurde Max Reimann nach seiner Mitarbeit im Parlamentarischen Rat nicht wenig später per Haftbefehl gesucht? Übrigens: Das Grundgesetz wurde vom Papst noch nicht heilig gesprochen und ist auf demokratischer Grundlage durchaus veränderbar. Ziel für kommunistische und sozialistische Parteien sollte auch nach dem Scheitern des »Realsozialismus« ein demokratischer Sozialismus bleiben.

STEFAN BOLLINGER: Wie aktuell hielten die westdeutschen Kommunisten die Möglichkeit der Wiedervereinigung in den fünfziger Jahren? Gab es 1956 Sympathien für eine Verlangsamung des sozialistischen Aufbaus in der DDR, wie dies etwa Schirdewan

vertrat, um den Boden für einen gemeinsamen, nationalen Kampf für den Sozialismus zu legen?

MANFRED KAPLUCK: Aktuell kämpften wir doch für die Wiedervereinigung, standen deswegen vor den politischen Sonderkammern westdeutscher Gerichte und fanden uns nicht selten in Gefängnissen wieder. Nachzulesen in Tausenden unserer Anklageschriften und Urteilen. Die aktuelle Möglichkeit der Einheit entsprach unserer Überzeugung. Skepsis? 1951 wollten meine Frau und ich heiraten. Genossen empfahlen uns, dies doch besser um ein Jahr zu verschieben, dann könnten wir im wiedervereinigten Deutschland die Ehe schließen. Wir heirateten trotz der hoffnungsfrohen Ankündigung, dennoch möchte ich das nicht als Skepsis gegenüber unserer Politik werten.

Auffassungen von Schirdewan oder Ackermann spielten in unseren Diskussionen eine relativ geringe Rolle. Mehr vielleicht bei Max Reimann, der mit Karl Schirdewan befreundet war. An eine Begegnung mit Genossen Schirdewan später auf einem Arbeiterjugendkongreß erinnere ich mich gern. Er meinte, wir müßten wie ein Baum sein, der mit starken Wurzeln fest verankert sei. Doch die Baumkrone solle sich im Winde biegen, beweglich sein, aber Stürmen trotzen. Das Bild gefällt mir noch heute.

STEFAN BOLLINGER: Wie reflektierte die illegale KPD die seit 1956 einsetzenden Diskussionen in kommunistischen Parteien Westeuropas?

MANFRED KAPLUCK: Nach dem XX. Parteitag der KPdSU zog unsere Partei Lehren aus der Vergangenheit. Korrekturen in der Politik wurden spätestens auf dem Parteitag der KPD 1963 manifest. Er stellt deshalb ein besonderes Ereignis an einem Wendepunkt dar, weil er bereits vor der »Großen Koalition« die Signale der Partei für den Weg in die Legalität auf »Grün« stellte.

Max Reimann erklärte die Verteidigung des Grundgesetzes zur Aufgabe aller Volkskräfte. In seiner programmatischen Erklärung korrigierte der Parteitag frühere Fehleinschätzungen. Ein neues Verhältnis zur aktiven demokratischen Mitarbeit in den Gewerkschaften wurde als Aufgabe formuliert und damit frühere sektiererische Einengungen überwunden. Die Partei orientierte sich auf das Bemühen um die Aktionseinheit der Arbeiterklasse.

Als wichtigste Lehre aus der Illegalität wurde die Notwendigkeit herausgestellt, die legale Massenarbeit zu entwickeln. In der Aktivität im Kampf für Frieden und Demokratie könne das Ansehen und die Autorität der gesamten Partei wachsen: »Das ist auch der beste Weg des Kampfes um die Legalität der Partei, der beste Weg, um Schritt für Schritt das Parteiverbot zu durchbrechen, das Vertrauen der Bevölkerung zu gewinnen, so daß schließlich die Forderung nach Aufhebung des Parteiverbots zur Forderung breitester Volksschichten wird.«

In der Tat wurde mit dem Parteitag eine neue positiv veränderte Politik der KPD sowie die offensivere Aktivität im Kampf um die Legalität eingeleitet. Eine Grundlage dafür war bestimmt die Über-

»Das Ungeheuerliche ist geschehen. Auf Druck der Adenauer-Regierung hat das Bundesverfassungsgericht die KPD verboten und ihre Auflösung mit Polizeigewalt angeordnet. Die KPD ist da, und die KPD bleibt da. So erfordert es das Interesse der Arbeiterklasse und des deutschen Volkes. Das Urteil gegen die KPD ist gesprochen im Namen der deutschen Konzernherren, der Militaristen und der amerikanischen Hochfinanz. Das Volk wird das Urteil gegen die KPD niemals anerkennen, weil es gegen Frieden, Freiheit und nationale Wiedervereinigung gerichtet ist ... Das Verbot der KPD als einer deutschen und demokratischen Partei und der Raub der Mandate ihrer Abgeordneten zeigt, wie in der Bundesrepublik die Demokratie mit Füßen getreten wird ... Der Weg von 1933, der Weg der Unterdrückung der Arbeiterbewegung ist damit beschränkt worden. Mit dem Verbot der KPD ist die Adenauer-Regierung zur reaktionärsten Regierung Europas geworden... Das Verbot der KPD war zu verhindern und es ist zu beseitigen, wenn die SPD und der DGB dafür ihre ganze Kraft einsetzen. Das erfordert, daß einige sozialdemokratische Führer ihre passive Haltung aufgeben, durch die die Reaktion ermutigt und die Sache des Friedens und der Demokratie und die Positionen ihrer eigenen Organisationen geschwächt würden.«

Erklärung des PV der KPD zum Parteiverbot (17. August 1956), in: Günter Judick, Josef Schleifstein, Kurt Steinhaus (Hrsg.), a.a.O., Bd. 2, S. 153, 155.

»Ob Wiederzulassung oder ob Neugründung, in jedem Falle muß die kommunistische Partei, die jetzt oder in Zukunft aus dem Schattendasein der Illegalität hervortritt, eine von Grund auf neue, gewandelte kommunistische Partei sein. Die Partei muß zur alten KPD ja und zugleich nein sagen. Die Partei ist kein Gespenst, sondern ein lebendiges Wesen. Also muß sie lernen, muß Konsequenzen ziehen.«

Robert Havemann: »Die Partei ist kein Gespenst«. Plädoyer für eine neue KPD, in: Der Spiegel, H. 52/1965, S. 30.

»Den ersten sichtbaren Ausdruck einer wirklichen Wandlung würde ein neues Statut der Partei geben. Es müßte demokratisch sein und jeden Rückfall in den 'stalinistischen' Zentralismus von vornherein unmöglich machen. Das neue Statut der KP Schwedens könnte als Vorbild dienen. Es verbietet jeden Einfluß höherer Leitungen und Parteiorgane auf die Parteiwahlen. Es gestattet die Bildung oppositioneller Fraktionen in der Partei und damit die öffentliche Kritik an der Politik der Partei durch ihre Mitglieder.

windung von Schwächen und die Korrektur fehlerhafter Politik.

STEFAN BOLLINGER: Der Zug der Wiedervereinigung war mit dem NATO-Beitritt der Bundesrepublik und dem Mauerbau abgefahren. Mit den Konzepten von John F. Kennedy, später Willy Brandts, zeichnetet sich eine Abkehr vom Kalten Krieg ab. Die KPD war weiter illegal. Aber erste Anzeichen eines politischen Klimawechsels waren auch in der Bundesrepublik zu beobachten. Mitte der sechziger Jahren stand die SPD vor einem Regierungseintritt, den sie sich mit dem Godesberger Programm und dem Bekenntnis zur Westbindung erkaufte hatte. Da kam es 1966 zum Briefwechsel SED – SPD und fast zum Redneraustausch beider Parteien. Ulbricht setzte – bei allen Berührungsängsten – offenkundig auf die SPD, um einen Wandel der deutsch-deutschen Beziehungen zu erreichen und die Anerkennung der DDR auf diesem Wege zu befördern. Wurde die KPD davon überrascht?

MANFRED KAPLUCK: Müßten wir uns nicht zunächst mit dem Thema beschäftigen, wie es zu den Veränderungen kam, die Sie in Ihrer Frage ansprechen? Mitte der sechziger Jahre entwickelten sich auch in der Bundesrepublik die Friedensbewegung und andere demokratische Kräfte. Dafür standen die Ostermärsche, die sich ausgehend von allgemeinen pazifistischen Anliegen und Aussagen mit zunehmender Kraftentfaltung der Friedensbewegung widmeten, gegen den schmutzigen US-Krieg in Vietnam protestierten und bis hin zu einer aktiven Entspannungspolitik die Anerkennung der DDR forderten. Die aggressive Aufrüstung mit Atomwaffen, ihre Aufstellung auch in der Bundesrepublik, der mit dem gewünschten Zugriff auf Atomwaffen verbundene Hegemonieanspruch von Kreisen des westdeutschen Großkapitals mit ihrem erklärten Ziel der Machtausdehnung über die Liquidierung der DDR hinaus nach Osten, das verlangte geradezu nach verstärkter Antiatom- und Friedensbewegung. Eine massive Einschränkung der demokratischen Grundrechte, die bis zu dem Höhepunkt der Annahme von Notstandsgesetzen getrieben wurde, führte zu der bekannten sehr umfassenden Antinotstandsbewegung und erweiterte sich besonders unter der studentischen Jugend zur außerparlamentarischen Opposition, der APO. Politische Zuspitzungen und die Herausbildung neuer demokratischer Bewegungen der sechziger Jahre vollzogen sich vor dem Hintergrund von Krisenerscheinungen des kapitalistischen Systems.

Der Regierungswechsel vom 1. Dezember 1966 war objektiv Ausdruck für die dringende Notwendigkeit, die bundesdeutsche Politik an veränderte innen-, wirtschafts- und außenpolitische Gegebenheiten anzupassen. Nach Kanzler Ludwig Erhard, nach der ersten Wirtschaftskrise, nach dem Anwachsen der Arbeitslosenzahlen und der Erschütterung des Glaubens an ein »ewiges« Wachstum war die SPD für der Regierung der Großen Koalition. Das ehemalige NSDAP-Mitglied Kurt Georg Kiesinger wurde Bundeskanzler, Willy Brandt Vizekanzler und Außenminister. Widersprüchlich war auch die weitere Zusammensetzung der Regierungsmannschaft, denn mit Gustav Heinemann wurde ein

namhafter Gegner der Aufrüstungspolitik und auch des KPD-Verbots Justizminister, aber zugleich trat mit Franz-Josef Strauß ein exponierter Verfechter der Remilitarisierung und Atomrüstung in die Regierung ein.

Angesichts solcher Entwicklung und vor dem Regierungswechsel war der angesprochene Brief- und Redneraustausch durchaus gewünscht und denkbar.

Gemeinsam mit anderen Politbüromitgliedern der KPD wurde ich in dieser Zeit zu mehreren Politbürositzungen der SED eingeladen und hatte die Möglichkeit, dabei auch mitstreiten zu können, zumindest darüber, wie weit sich ein Entgegenkommen zur SPD lohnt und eventuell grundsätzliche Kritik an rechten SPD-Führungspersonlichkeiten zurückgenommen werden sollte. Dabei verhehlte ich meine Einsicht nicht, daß die Perspektive eines vereinten Deutschlands ohne Gemeinsamkeit mit der SPD kaum denkbar war. Trotzdem vertrat ich den Standpunkt, daß ein Entgegenkommen angesichts des latenten Antikommunismus nicht zu weit gehen dürfe.

Zu Ihrer weiteren Frage: Überrascht war die KPD nicht. Hatten wir doch längst gute Beziehungen zu sozialdemokratischen Genossen und Genossen und auch zu Betriebsparteigruppen der SPD aufgenommen und waren gemeinsam mit zahlreichen Sozialdemokraten in verschiedensten Bewegungen und Initiativen aktiv. Die KPD förderte jede Annäherung der SPD an SED und DDR.

STEFAN BOLLINGER: Welche Erwartungen setzte die KPD in diese Wandlungen? Oder wirkte die alte Sozialdemokratismus-Angst weiter? Welche Rolle wurde ihr von der SED zugewiesen?

MANFRED KAPLUCK: Die Frage nach der »alten Sozialdemokratismus-Angst« provoziert mich zu der anderen: Schlagen Sie Ihr Kind immer noch? Lassen wir das Angstsyndrom beiseite. Unsere Erwartungen waren doch logisch. Wir erfaßten diese Situation als Chance, den Weg in die Legalität offensiv beschreiten zu können. Eine Rolle wurde uns von der SED nicht »zugewiesen«. Ist es auch im nachhinein schwer zu verstehen, daß die KPD die bewegliche Politik der SED unterstützte und darin eine Grundlage für die wachsende Intensität eigener Tätigkeit erkannte?

STEFAN BOLLINGER: 1965 schrieb Robert Havemann, antifaschistische Widerstandskämpfer und bekanntester linker DDR-Oppositioneller im »Spiegel« gegen das KPD-Verbot, zur Neugründung einer KPD, die aber auch für die DDR Konsequenzen hätte haben müssen. Die KPD verurteilte diesen Artikel stellvertretend für die SED scharf. Wie sahen Sie diesen Vorstoß damals und nun über 30 Jahre später?

MANFRED KAPLUCK: Zunächst, ich fühlte mich seinerzeit in der Beantwortung des Artikels nicht in einer Stellvertreterrolle, denn es ging doch in erster Linie um die KPD und nicht um die SED. Damals fragten wir uns, warum uns Robert Havemann nicht konsultiert hat. Was bedeutete das in einer Situation, in der selbst

Damit wird die Parteidisziplin in Meinungs- und Überzeugungsfragen aufgehoben, durch die ein Kommunist gezwungen werden könnte, in der Öffentlichkeit Meinungen zu rechtfertigen und zu vertreten, die er selbst für falsch hielt.« Robert Havemann, a.a.O., S. 30.

»...das Auftreten einer wirklich erneuerten und womöglich auch erfolgreicherer KP in der Bundesrepublik würde zweifellos in der DDR nicht ohne Wirkung bleiben.

Dies wird besonders deutlich, wenn man sich vor Augen hält, zu welchen Fragen das Programm einer neuen KP unmißverständlich Stellung zu nehmen hätte. Viele dieser Fragen sind nicht nur in Deutschland aktuell, sondern bewegen die ganze kommunistische Welt...

.als erstes (wäre) eine kritische Auseinandersetzung mit der eigenen Parteigeschichte dringend erforderlich ... war die Spaltung der deutschen Arbeiterbewegung, ihre Polarisierung in die radikal revolutionäre KPD und die gemäßigte reformistische SPD, wovon sich die Kommunisten die baldige sozialistische Revolution in Deutschland erhofften, nicht schließlich doch ein Fehlschlag?

.Es wäre auch notwendig, sich von der falschen Interpretation des Begriffes »Stalinismus« loszusagen, die nur die schlimmsten Auswüchse der Stalinschen Ära als Verfehlung anerkennt ...

nicht aber begreifen will, daß die Ursache vor allem nicht in der Person Stalins, sondern in der Struktur des Partei- und Staatsapparates lag, wo Demokratie bestenfalls nur noch als Fassade existierte...

Wir leben ... nicht nur in der Zeit, in der sich eine neue Welt des Menschen in gewaltigen Geburtswunden ankündigt, wir leben auch in der Zeit der Bombe ... Weltkrieg heißt heute Welttod. Sollten darum nicht gerade die deutschen Kommunisten ihre Einstellung zum modernen Pazifismus gründlich überprüfen?»

Robert Havemann, a.a.O., S. 31.

»Ein tiefes Unbehagen breitet sich in unserem Land aus. Vielen Bürgern erscheint die Gegenwart unsicher, die Zukunft ungewiß. Arbeiter und Angestellte, Angehörige aller werktätigen Schichten, vor allem unserer arbeitenden und studierenden Jugend, beginnen, an einem System zu zweifeln, in dem das Profit- und Machtstreben einiger weniger das Maß aller Dinge, Richter über Leben und Tod des Volkes ist...

Die Kommunistische Partei Deutschland will ihren Beitrag leisten, damit das Volk der Bundesrepublik einen Weg findet, der zu Frieden und Wohlstand, zu einer gesicherten Zukunft führt...

Die Kommunistische Partei Deutschlands ist die sozialistische und demokratische Partei der Arbeiterklasse und des werktätigen Volkes in der Bundesrepublik.«
 Programm der KPD – Entwurf (Februar 1968), in: Günter Judick, Josef Schleiße, Kurt Steinhaus (Hrsg.), a.a.O., Bd. 2, S. 395.

Adenauer sagte: »Ich bin absolut dafür, daß die Kommunisten wieder zugelassen werden.« Nur Gutes? Welche Partei wurde gewünscht? Eine, die als Knüppel gegen die SED gebraucht wurde? Wir hatten das Ziel, die in der Illegalität kämpfende Partei in die Freiheit zu führen und zwar mit ihren Grundsätzen und ihrer Politik. Ist es da schwer zu verstehen, wenn wir hinter Havemanns Vorstoß den Gedanken vermuteten, daß er eine Reformpartei wünschte. Heute nach 30 Jahren sehe ich das noch negativer, weil ich glaube, daß hier Absprachen mit ähnlich Denkenden zugrunde lagen. Leider scheint das in Akten nicht zu finden sein.

STEFAN BOLLINGER: Mit der Großen Koalition verstärkten KPD und SED die Versuche, in der Bundesrepublik wieder eine kommunistische Partei zu legalisieren. Welche unterschiedlichen Konzepte haben aus Ihrer Sicht dabei eine Rolle gespielt? Was wollten Ulbricht und Reimann und gab es aus Ihrer Kenntnis auch unterschiedliche Auffassungen in der SED-Führung? Mischte sich die KPdSU in diese Prozesse ein?

MANFRED KAPLUCK: Bitte bei allen Fragen immer zunächst an die Bewegung denken und davon die Aktenfunde ableiten. Denn eigentlich ist die Frage doch so: Führten die Veränderungen in der Bonner Regierungspolitik und in den demokratischen Bewegungen etwa dazu, daß die Forderung nach Wiederzulassung der KPD in der Öffentlichkeit erhoben wurde? Spontan nicht, dennoch gab das wachsende Demokratiebewußtsein neue Möglichkeiten, diese Forderung zu erheben. Auch aus heutiger Sicht war es richtig, die Chance zu nutzen.

Wenn sich die Chancen, den Weg in die Legalität erfolgreich zu beschreiten, vergrößerten, widerspiegelte sich das vielfältig. Nicht nur in den Bedingungen, die zur Großen Koalition führten, sondern auch in der verstärkten Bündnispolitik der KPD, in der Beteiligung an Bewegungen und bei außerparlamentarischen Aktionen. Die illegale Tätigkeit der KPD selbst konnte qualifiziert werden, die konspirative Arbeit wurde verändert, nach dem zwar alten, aber wichtigen Leninschen Prinzip: »Illegal soviel wie nötig – legal soviel wie möglich«. Kommunisten verstärkten ihre Tätigkeit vor allem in Betrieben und Gewerkschaften. Genosseninnen und Genossen beteiligten sich an der Herausgabe von legalen Publikationen und Wochenzeitungen. In Vorbereitung des Parteitages 1963 wurde ein »Ernst-Thälmann-Aufgebot« gestartet, das dem Engagement junger Kommunisten in der Gewerkschaftsjugend, der Naturfreundejugend und anderen Bereichen der Jugendarbeit Rechnung trug und die Zahl der Mitglieder um mehr als 1.000 ansteigen ließ.

Der Kampf der KPD war stets von internationaler Solidarität begleitet. Kommunistische Parteien forderten mit uns wiederholt und öffentlich die Aufhebung des Verbots. Die sozialistischen Länder, vor allem die Sowjetunion, verlangten nachdrücklich von der Bundesregierung, der KPD ihre legale Betätigungsmöglichkeit zurückzugeben. Bis in Handelsbeziehungen, an denen Westdeutschland natürlich interessiert war, spielte das eine Rolle.

Aus eigener Kenntnis kann ich sagen, daß es zwischen Walter

Ulbricht und Max Reimann über die aktuelle Notwendigkeit, die KPD zu legalisieren, keine Meinungsverschiedenheiten gab, wenn auch über einzelne Schritte ein Meinungsaustausch notwendig war. Unterschiedliche Auffassungen in der SED-Führung? Sie waren vorhanden, ich hielt und halte sie für unbedeutend, zumal, meiner Auffassung nach, der richtige und erfolgreiche Weg beschritten wurde. Von Einmischung der KPdSU kann keine Rede sein. Vielmehr war es bedeutsam, daß auch im Ergebnis positiver Konsultationen und durch die enge Zusammenarbeit mit den Politbüros der SED und der KPdSU die Legalisierung unserer Partei erreicht werden konnte.

STEFAN BOLLINGER: 1956 wurde die KPD verboten, 1968 saßen Mitglieder der verbotenen Partei bei Justizminister Heinemann am Tisch und gemeinsam wurde über ein Weg zur Neukonstituierung einer kommunistischen Partei nachgedacht. Was empfanden Sie damals als Mitglied der Parteiführung?

MANFRED KAPLUCK: Glauben Sie, Grete Thiele hätte als Mitglied des ZK der KPD einen Privatbesuch bei Herrn Heinemann gemacht, den die Parteiführung erstaunt zur Kenntnis genommen hätte? Das Wort Neukonstituierung fiel in diesem Gespräch übrigens nicht. Über Wege zur Legalität wurde nachgedacht.

Darf ich trotzdem zur Entwicklung in dieser Zeit und zu »Verhandlungen« etwas sagen?

1966 wurde die Forderung nach Aufhebung des KPD-Verbots in verschiedenen Kreisen der Bevölkerung stärker aufgegriffen und fand national wie international deutliche Zustimmung. So bildete sich in Rheinland-Pfalz ein »Ausschuß für politische Amnestie und zur Aufhebung des KPD-Verbots«, dem Pfarrer Symanowsky, die Studienrätin Bienko, Dr. Benseler u.a. angehörten. Zahlreiche Persönlichkeiten aus Kreisen der Gewerkschaften, der Intelligenz und Kultur engagierten sich individuell oder in Initiativen ähnlich. Besonders in der Jugend wurde die Forderung stärker aufgegriffen.

Das Politbüro der KPD beschäftigte sich mit entsprechenden Maßnahmen für einen Weg in die Legalität. Der Erste Sekretär Max Reimann wandte sich am 15. Februar 1967 in einem Brief an die Bundesregierung und schlug schrittweise Maßnahmen zur Aufhebung des KPD-Verbots vor. Der zu diesem Zeitpunkt gegründete »Initiativausschuß zur Wiedermehrung der KPD« fand in hundert Versammlungen erhebliche öffentliche Beachtung.

Obwohl dieses Verhandlungsangebot nicht angenommen wurde, kam es zu ernsthaften Gesprächen mit Parlamentsabgeordneten, Vertretern der Fraktionen im Bundestag und Regierungsvertretern. Grete Thiele führte Gespräche mit Gustav Heinemann und Horst Ehmke. Kurt Erlebach und ich konsultierten im Auftrag der Parteiführung Bonner Politiker.

Dabei stellte sich heraus, daß die Bereitschaft über eine interfraktionelle Initiative im Bundestag das Verbot aufzuheben, nicht die erforderliche Zustimmung fand. Es wurden Wege gefunden, die schließlich zur Legalität, zur Konstituierung der DKP führten. Wesentlich dabei war, daß die Kommunisten der Bundesrepublik ihrer

»Keine dieser Lebensfragen ist auf die Dauer lösbar, wenn nicht die Macht der Monopole über Staat und Wirtschaft gebrochen wird. Demokratie, Frieden und eine gesellschaftliche Vorwärtsentwicklung können nur verwirklicht werden durch eine Veränderung der Machtverhältnisse, durch tiefgehende demokratische Reformen, durch eine demokratische Umgestaltung, die alle Bereiche des gesellschaftlichen Lebens – Wirtschaft und Staat, Bildung und Kultur – erfaßt und dem arbeitenden Volk den maßgeblichen Einfluß auf die Geschicke unseres Landes sichert.«
 Programm der KPD – Entwurf (Februar 1968), in: Günter Judick, Josef Schleifstein, Kurt Steinhaus (Hrsg.), a.a.O., S. 418f.

»Nach den Beamtengesetzen in Bund und Ländern darf in das Beamtenverhältnis nur berufen werden, wer die Gewähr dafür bietet, daß er jederzeit für die freiheitlich-demokratische Grundordnung im Sinne des Grundgesetzes eintritt, sind Beamte verpflichtet, sich aktiv innerhalb und außerhalb des Dienstes für die Erhaltung dieser Grundordnung einzusetzen. Es handelt sich hierbei um

zwingende Vorschriften. Jeder Einzelfall muß für sich geprüft und entschieden werden...

Ein Bewerber, der verfassungsfeindliche Aktivitäten entwickelt, wird nicht in den öffentlichen Dienst eingestellt. Gehört ein Bewerber einer Organisation an, die verfassungsfeindliche Ziele verfolgt, so begründet diese Mitgliedschaft Zweifel daran, ob er jederzeit für die freiheitlich-demokratische Grundordnung eintreten wird. Der Zweifel rechtfertigt in der Regel eine Ablehnung des Anstellungsantrages.«
Beschuß der Ministerpräsidentenkonferenz: Grundsätze zur Frage der verfassungsfeindlichen Kräften im öffentlichen Dienst, 28. Januar 1972, in: Georg Fülberth (Hrsg.), a.a.O., S. 357.

sozialistischen Zielsetzung, ihrem revolutionären Anspruch, ihrer Politik auf der Grundlage der Ideen von Marx, Engels und Lenin treu blieben.

STEFAN BOLLINGER: Wie vollzog sich die Neukonstituierung der DKP praktisch?

MANFRED KAPLUCK: Am 26. September 1968 gab Kurt Bachmann auf einer internationalen Pressekonferenz in Frankfurt am Main die Neukonstituierung der kommunistischen Partei bekannt. Tags zuvor konstituierte sich ebendort ein Bundesausschuß, der die Initiative der Kommunisten trug.

Die Deutsche Kommunistische Partei, die DKP, nahm damit ihre Tätigkeit auf. Schnell schlossen sich in zahlreichen Städten der BRD Kommunisten zu Initiativen, Ausschüssen und Gruppen zusammen. Die Öffentlichkeitsarbeit begann.

STEFAN BOLLINGER: Wie neu war die DKP wirklich, welche Rolle spielten die »Altkader«, und gelang es damals, neue Personen und Einsichten zu gewinnen? Immerhin war es ja die Zeit der Studentenbewegung und einer bis dahin unbekanntenen Politisierung und Linksorientierung unter bundesdeutschen Intellektuellen! Welche Auswirkungen hatten Pariser Mai und Prager Frühling für die politischen Auseinandersetzungen?

MANFRED KAPLUCK: Verständlicherweise waren es zunächst Mitglieder der »alten« KPD oder »Altkader«, wie Sie es nennen, die zur Neukonstituierung der DKP initiativ wurden. Und das überall dort, wo Kommunisten auch während der Illegalität tätig blieben. Doch in relativ kurzer Zeit konnte die Zahl der während der Illegalität aktiven 11.000 Mitstreiter verdreifacht werden. Vorwiegend junge Menschen aus den verschiedenen demokratischen Bewegungen traten in die DKP ein und verhalfen ihr zu einer dynamischen öffentlichkeitswirksamen Tätigkeit. Wenige Monate nach der Konstituierung gab die DKP bereits ihre Tageszeitung »Unsere Zeit«, die UZ heraus.

Die schnelle Zunahme der Mitgliedschaft war gewiß auch auf die Studentenbewegung und Linksorientierung vor allem der Jugend in dieser Zeit zurückzuführen.

STEFAN BOLLINGER: Das KPD-Verbot ist bis heute nicht aufgehoben, trotzdem existieren im 1990 größer geworden Deutschland mehrere Parteien, die sich in der einen oder anderen Weise in der Tradition der KPD-Aufreuer vom 11. Juni 1945 sehen. Ist damit das Verbotsurteil geschichtliche Makulatur? Nach dem Zusammenbruch in der DDR war dort und im alten Bundesrepublik viel von Vergangenheitsbewältigung die Rede, ist das für die Alt-BRD nicht auch noch aktuell? Und schließlich, gibt es aus den damaligen Erfahrungen Konsequenzen für heutige politische Strategien der Linken? Oder anders gesagt, wie halten es Kommunisten heute mit der Demokratie und der Revolution?!

Weiterführende Literatur:
Günter Judick, Josef Schleifstein, Kurt Steinhaus (Hrsg.): KPD 1945-1968. Dokumente. Band 1 1945-1952/Band 2 1953-1968, Neuss 1989.

MANFRED KAPLUCK: Mit der Neukonstituierung der DKP war das KPD-Verbotsurteil nicht aufgehoben. Es bleibt ein Relikt des Kalten Krieges. Negative Folgeerscheinungen, politische Diskriminierungen und soziale Belastungen wirken fort. Justizopfer aus der Zeit des Kalten Krieges wurden nicht rehabilitiert, erhielten bis heute keine Haftentschädigung und werden fortgesetzt durch den Wegfall ihrer Rentenansprüche für erlittene Haftzeiten bestraft. Akteneinsicht in die Unterlagen westdeutscher Geheimdienste, wie des Verfassungsschutzes oder des BND, wird nicht gewährt.

Darüber hinaus setzte in den neuen Bundesländern eine umfangreiche Diskriminierung und eine Welle von Verfolgungen aus politischen Gründen ein. So stellte der Bundesminister des Inneren am 10. September 1990 fest, es bestünden Zweifel an der Verfassungstreue bei allen Funktionären der SED und der Massenorganisationen der ehemaligen DDR. Für die Einzelfallprüfung wurde wiederholt nach Beziehungen zur KPD und anderen »für verfassungswidrig erklärten, verbotenen oder als verfassungsfeindlich bekannt gemachten Organisationen« gefragt.

Die Aufhebung des KPD-Verbotsurteils bleibt aktuell. Kommunisten forderten unlängst in einer Eingabe an den Deutschen Bundestag und die Bundesregierung:

»– Die Bundesregierung trifft die Feststellung: das KPD-Verbotsurteil vom 17. August 1956 ist historisch überholt, damit gegenstandslos geworden und aufzuheben.

– Der Bundestag beschließt eine Novellierung des Bundesverfassungsgerichtsgesetzes.«

Urteile des Bundesverfassungsgerichts könnten eine Revisionsmöglichkeit erhalten. Über diese gesetzlich eingeräumte Möglichkeit kann das KPD-Verbotsurteil nach mehr als dreieinhalb Jahrzehnten revidiert und aufgehoben werden. Gewiß sind andere Bestimmungen des Bundesverfassungsgerichtsgesetzes nach den jüngsten Verfassungsänderungen und der Wiedervereinigung Deutschlands ebenfalls korrekturbedürftig.

Dabei sind wir uns der Unterstützung der DKP und PDS gewiß.

Erfahrungen, Konsequenzen für die heutige politische Strategie der Linken? Es gibt für die jetzige Situation keine Lehrmeister. DKP und PDS haben längst aus der vergangenen und der jüngsten Zeit ihre politischen und programmatischen Schlußfolgerungen gezogen. Sie werden daran weiterarbeiten. Beide stehen vor dem gleichen Gegner, dem Kapitalismus pur. PDS wie DKP proklamieren, wenn auch differenziert, den Sozialismus als Alternative zur kapitalistischen Unordnung. Beide Parteien brauchen Bündnispartner, vielleicht sollten sie sich bald zu gemeinsamen Aktionen verständigen. Das könnte positiv und anregend auf andere linke und demokratischen Kräfte wirken.

1 Siehe Vereinbarung von SED und KPD über die Bildung einer sozialistischen Arbeitsgemeinschaft (14. Februar 1947), in: Günter Judick, Josef Schleifstein, Kurt Steinhaus (Hrsg.): KPD 1945–1968. Dokumente. Band. 1, Neuss 1989, S. 203f.

2 So formuliert in: Programm zur nationalen Wiedervereinigung Deutschlands. Beschlossen vom PV der KPD (2. November 1952), in: ebenda, S. 401.

3 Dies besonders nachdrücklich in der berühmt-berüchtigten These 37. Siehe: Die gegenwärtige Lage und die Aufgaben der KPD. Entschließung des Münchner [Weimarer] Parteitag (3.-5. März 1951), in: ebenda, S. 335-380.

Manfred Grieger, Günter Judick, Gert Meyer, Josef Schleifstein: Stalins Schatzen. Stalin und die westeuropäischen Kommunisten, Neuss 1989.

Georg Fülberth: KPD und DKP 1945-1990. Zwei kommunistische Parteien in der vierten Periode kapitalistischer Entwicklung, Heilbronn 1990.

Manfred Wilke/Hans-Peter Müller/Marion Brabant: Die Deutsche Kommunistische Partei (DKP).

Geschichte – Organisation – Politik. Köln 1990.

Manfred Wilke, Hans-Peter Müller: SED-Politik gegen die Realitäten. Verlauf und Funktion der Diskussion über die westdeutschen Gewerkschaften in SED und KPD/DKP 1961 bis 1962, Köln o.J.

Herbert Mayer: Nur eine Wahlniederlage? Zum Verhältnis zwischen SED und KPD in den Jahren 1948/49. Hrsg. Gesellschaftswissenschaftliches Forum/Helle Panke e.V. (hefte zur ddr-geschichte: Heft 12), Berlin 1993, S. 29-46.

Hans-Peter Müller: Gründung und Frühgeschichte der DKP im Lichte der SED-Akten, in: Klaus Schroeder (Hrsg.): Geschichte und Transformation des SED-Staates. Beiträge und Analysen, Berlin 1994, S. 251-285.

Herbert Mayer: Durchsetz von Parteifeinden, Agenten, Verbrechern...? Zu den Parteiauberungen in der KPD (1948-1952) und der Mitwirkung der SED.

Hrsg. Gesellschaftswissenschaftliches Forum/Helle Panke e.V. (hefte zur ddr-geschichte: Heft 33), Berlin 1995.